

Politik brief

September
2014

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



TTIP verbindet

Offene Märkte: Grundlage für unseren Lebensstandard
Starke Partner: Neue Perspektiven eröffnen
Ja zu TTIP: Es gibt viele gute Gründe
Kontroverse: Plädoyer für mehr Sachlichkeit
Kooperation: Gemeinsam besser werden
Investitionsschutz: Faire Regeln für alle
Schlaglichter: Transatlantischer Chemiehandel
Chemieindustrie: Zwei Schwergewichte im internationalen Handel

Seite 2
Seite 3
Seite 4
Seite 5
Seite 6
Seite 7
Seite 8
Seite 9

Wachstum stimulieren und Wohlstand fördern

Offene Märkte: Grundlage für unseren Lebensstandard

Grenzüberschreitender Handel und weltweiter Austausch von Ideen und Know-how sind der Nährboden für Wachstum und Wohlstand. Das zeigt beispielsweise eine jüngst veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung, die die Einkommensgewinne durch die fortschreitende Globalisierung berechnet hat: Demnach lag der Verdienst pro Einwohner und Jahr in Deutschland aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung von 1990 bis 2011 um 1.240 Euro höher. Insgesamt wurden 42 Länder untersucht. Ergebnis: In allen Ländern erhöhten sich die durchschnittlichen Privateinkommen.

Die weltweiten Beziehungen haben also offensichtlich Einfluss darauf, was sich die Menschen leisten können und wie sie leben – und zwar weit über materi-

elle Aspekte hinaus. Denn wie sich gezeigt hat, ist mit wachsendem Wohlstand auch ein höheres Niveau im Umweltschutz und Sozialwesen verbunden.

Auch die deutsche Chemieindustrie, deren Unternehmen 60 Prozent im Ausland erwirtschaften, profitiert von der Globalisierung in Form von Wachstum, höheren Umsätzen und mehr Beschäftigten. Die Handelspolitik zählt deshalb aus Sicht der Chemie zu den wichtigsten Politikfeldern.

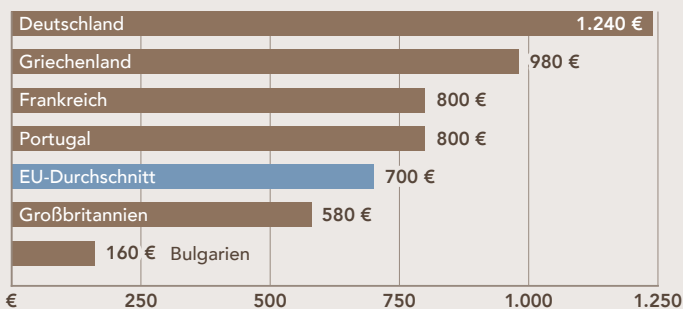
Gerade in Zeiten schwachen Wachstums gilt es, die weitere Intensivierung der Globalisierung – zum Beispiel durch den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen – zur Erhöhung des Lebensstandards zu nutzen.

Um die Wirtschaftskraft der deutschen Chemieindustrie zu stärken und damit auch das Wachstum in Europa langfristig zu stimulieren, gelten aus Sicht des VCI folgende handelspolitische Prämissen:

- Offene Märkte und weltweit geltende Spielregeln bewirken nachhaltiges Wachstum, das Fortschritte in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht ermöglicht.
- Der erfolgreiche Abschluss der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) stellt eine historische Chance für die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und den USA dar, die nicht ungenutzt verstreichen darf.

GLOBALISIERUNG STÄRKT DIE EINKOMMEN

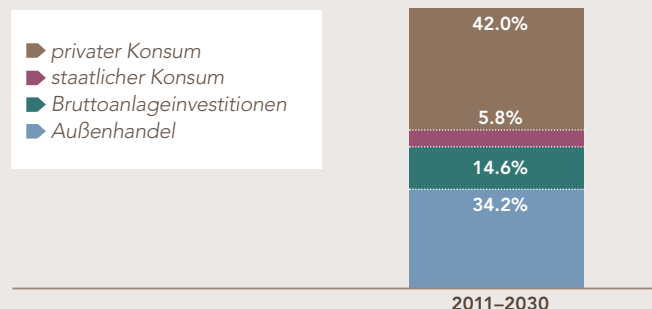
Durchschnittliche jährliche Einkommensgewinne durch die zunehmende Globalisierung zwischen 1990 und 2011 je Einwohner
Quelle: Bertelsmann Stiftung



Wie stark profitiert der Einzelne von der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung? Im Durchschnitt verfügt jeder EU-Bürger seit 1990 jedes Jahr zusätzlich über 700 Euro.

EXPORT BLEIBT WICHTIGER WACHSTUMSTREIBER

BIP-Wachstum in Deutschland in Prozent pro Jahr; Wachstumsbeiträge der Komponenten
Quellen: VCI, Prognos



Laut Prognos AG bleibt der Export auch bis 2030 einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren in Deutschland. Die steigenden Außenhandelsüberschüsse tragen zu gut einem Drittel zum Wirtschaftswachstum bei.

Dieser und weitere Politikbriefe auf www.vci.de/politikbrief



Die transatlantischen Beziehungen stärken

Starke Partner: Neue Perspektiven eröffnen

Die transatlantische Partnerschaft steht derzeit vor großen Herausforderungen. Trotzdem überwiegt ein gemeinsames Werteverständnis. Politisch, kulturell und wirtschaftlich ist die EU enger mit den USA verbunden als mit allen anderen Ländern. Hierauf gilt es aufzubauen und neue Perspektiven zu eröffnen – zum Beispiel über die geplante Freihandelszone TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership).

Die EU und die USA sind die größten Wirtschaftsmächte der Welt: Zusammen genommen entfällt auf sie fast die Hälfte der globalen Wirtschaftskraft. Einer der zentralen Pfeiler ist der rege transatlantische Handel. Für zahlreiche heimische Industriezweige sind die Vereinigten Staaten wichtigster Partner außerhalb Europas.

Insbesondere die deutsche Chemie setzt auf den Handelspartner USA als:

Exportmarkt

■ Gleichauf mit den Niederlanden stellen die USA den wichtigsten Auslandsmarkt für die deutsche Chemie dar. Die hiesigen Unternehmen exportierten 2013 Waren im Wert von rund 15 Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten. Der Überschuss im Transatlantikhandel betrug mehr als 4 Milliarden Euro.

Produktionsstandort

■ Als Auslandsstandort spielen die USA eine überragende Rolle für die heimische Chemie. Deutsche Chemieunternehmen beschäftigen dort rund 70.000 Mitarbeiter. Gemessen an der Gesamtproduktion deutscher Tochterfirmen entfallen auf die Vereinigten Staaten 26 Prozent. Der Anteil ist damit fast dreimal so hoch wie in China, dem mit 9 Prozent zweitwichtigsten Auslandsstandort.

Investitionsziel

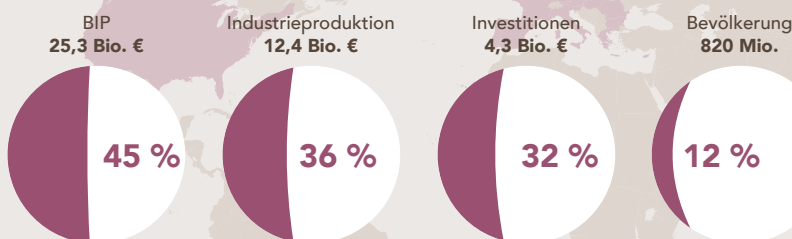
■ Entsprechend wichtig sind die USA als Investitionsziel, auf die rund 40 Prozent aller Sachanlageinvestitionen der deutschen Chemie im Ausland entfallen – Tendenz stark steigend.

Angesichts eher schwacher Wachstumsimpulse aus dem Inland, dem restlichen Europa sowie aus den Schwellenländern nimmt die Bedeutung der Vereinigten Staaten insbesondere als Exportmarkt für die deutsche Chemieindustrie derzeit sogar noch weiter zu: 2013 wuchs der Auslandsumsatz mit den USA um 5 Prozent.

Zusätzliche Wachstumsimpulse könnten von TTIP ausgehen: Zollkosten entfallen, Handelshemmnisse werden abgebaut, und das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird angekurbelt. Zudem können gemeinsame Produktstandards mit weltweitem Vorbildcharakter etabliert werden. Die transatlantische Partnerschaft wird damit noch mehr Gewicht erhalten – und beide Seiten auch politisch wieder näher zusammenbringen.

GEMEINSAM STARK: DAS GEWICHT VON EU UND USA IN DER WELT (2012)

Quellen: FERl, Eurostat, VCI



Obwohl in der EU und den USA insgesamt nur 12 Prozent der Weltbevölkerung leben, entfällt knapp die Hälfte des globalen BIP auf die beiden Wirtschaftsmächte.

Die Vorteile und Chancen bewusst machen

Ja zu TTIP: Es gibt viele gute Gründe

Die aktuellen Verhandlungen über die Transatlantische Trade and Investment Partnership (TTIP) drohen zwischen aufgeheizten Debatten zerrieben zu werden. Umso wichtiger ist es, die Vorteile der geplanten Freihandelszone hervorzuheben.

Aus Sicht der chemischen Industrie Deutschlands bietet TTIP viele Chancen, um Wachstum und Wohlstand in Europa zu stimulieren:

Zölle abbauen

► Für Chemieexporte in die USA liegen die Zollhöchstsätze je nach Produktgruppe bei null, 5,5 oder 6,5 Prozent. Insgesamt zahlt die deutsche Chemieindustrie jährlich Zölle in Höhe von rund 140 Millionen Euro an die USA. Mit TTIP könnten diese entfallen und die Unternehmen hätten mehr Spielraum für weitere Investitionen in Innovationen und nachhaltiges Wachstum.

Nichttarifäre Handelshemmnisse reduzieren

► Nach Einschätzung der EU-Kommission liegt das Einsparpotenzial bei nichttarifären Handelshemmnissen um bis zu zehnmal höher als beim Zollabbau. Im Zentrum stehen dabei: die Harmonisierung von Regeln, die gegenseitige Aner-

kennung von Standards und die Vermeidung unnötiger Doppelarbeit.

Nachfrage beleben

► TTIP würde das Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks stimulieren. So rechnet die EU-Kommission EU-weit mit einem BIP-Wachstum um mehr als 120 Milliarden Euro und mit mindestens 400.000 neuen Arbeitsplätzen. Als „Industrie der Industrie“ könnten die Chemie-Unternehmen davon besonders profitieren. So erwartet der VCI eine zusätzliche Wertschöpfung in Höhe von 600 Millionen Euro für die chemischen Unternehmen. Davon entfallen erfahrungsgemäß 70 Prozent auf neue Arbeitsplätze und Entgelte.

Ursprungsregeln vereinfachen

► Um dem Freihandelspartner Zollfreiheit gewähren zu können, legen Ursprungsregeln fest, ob ein Produkt tatsächlich in dem jeweiligen Land erzeugt wurde. Die Nachweise sind mitunter äußerst aufwändig. TTIP bietet die Gelegenheit, sich auf einfache Ursprungsregeln zu einigen und unnötigen Bürokratieaufwand zu vermeiden. Ein gemeinsamer transatlantischer Ansatz hat zudem das Potenzial, auch als Blaupause für Regelungen der WTO zu dienen.

US-Energiemarkt öffnen

► Für Energieexporte aus den USA sind Genehmigungen erforderlich. Diese werden sehr restriktiv gehandhabt. Mit TTIP könnten diese Genehmigungen überflüssig werden, sodass die EU einen besseren Zugang zu günstigen Energieträgern bekäme – angesichts der Importabhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen ein nicht zu unterschätzender Faktor.

TTIP ist kein Selbstzweck

Freihandel ist ein besonders effektiver Weg, um Wachstum zu schaffen. Von den positiven Effekten der Handelsliberalisierung profitieren auch die Bürger – in erster Linie in Form neuer Arbeitsmöglichkeiten, sinkender Preise sowie einer größeren Vielfalt und besseren Qualität der Produkte.

Die Forschungsinstitute Ecorys und CEPR haben im Auftrag der EU-Kommission die Effekte durch TTIP berechnet. Ecorys hat dabei eine Halbierung der nichttarifären Handelshemmnisse zugrunde gelegt. Diese Annahme ist für den Chemiebereich kurzfristig zwar sehr optimistisch, gleichwohl birgt TTIP auch bei konservativer Betrachtung erhebliches Potenzial.

MEHR JOBS UND WOHLSTAND DURCH TTIP

Gesamtwirtschaftliche Effekte für die EU nach zehn Jahren
Quellen: Ecorys, CEPR, im Auftrag der EU-Kommission



Missverständnisse ausräumen

Kontroverse: Plädoyer für mehr Sachlichkeit

Verhandlungen über Freihandelsabkommen waren bislang reine Exportsache. Bei der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ist das anders: Stärker denn je bringen sich alle gesellschaftlichen Gruppen ein. Die chemische Industrie begrüßt die Debatte ausdrücklich. Allerdings spielen manche TTIP-Gegner immer wieder mit der Angst der Menschen – zum Teil mit Behauptungen, die einer Überprüfung nicht standhalten.

Angesichts der großen Bedeutung des Freihandelsabkommens möchte die Chemie zu mehr Sachlichkeit beitragen:

Kommen mit TTIP „ungesunde Chlorhühner“ und „Hormonrinder“ in die EU?

► Fleischproduzenten in den USA desinfizieren geschlachtete Hühner mit Chlorwasser. Auch die Hormonbehandlung von Rindern ist in den USA erlaubt. Die EU hat für dieses Fleisch ein Importverbot erlassen. Aus Sicht der USA verstößt sie damit gegen WTO-Bestimmungen. Gleichwohl haben die USA einem Kompromiss zugestimmt, der es der EU erlaubt, das Importverbot aufrechtzuerhalten. Erfolge wie diese zeigen, dass die EU durchaus in der Lage ist, strittige Handelsfragen mit den USA zu lösen. Für die mit Chlor behandelten Hühner – die das Bundesamt für Risikobewertung als gesundheitlich unbedenklich einstuft – steht eine solche Einigung aus. Die Chemie hat Vertrauen in die Verhandlungskompetenz der EU-Kommission – auch bei diesem sensiblen Thema.

Untergräbt TTIP die europäische Gesetzgebung?

► TTIP ändert nichts an den derzeitigen Gesetzgebungsprozessen in der EU. Weiterhin werden allein die EU-Kommission Gesetze vorschlagen und das Europäische Parlament und der Ministerrat über Gesetze entscheiden. TTIP sieht lediglich vor, dass EU-Kommission und US-Regierung sich im Vorfeld einer Regulierung miteinander austauschen. So können frühzeitig Handelshürden aus dem Weg geräumt und unnötige Doppelarbeit vermieden werden. Die dabei getroffenen Vereinbarungen sind keineswegs bindend für den späteren Gesetzgebungsprozess.

Wird TTIP die Chemikalienverordnung REACH aufweichen?

► Die deutschen Chemieunternehmen bekennen sich zu REACH und dem damit verbundenen hohen Schutzniveau für Umwelt und Gesellschaft. Sie werden REACH fristgemäß und umfassend umsetzen. Zudem unterscheiden sich der US-amerikanische Toxic Substance Control Act (TSCA) und REACH so deutlich, dass eine gegenseitige Anerkennung und die damit befürchtete Absenkung von Standards nicht möglich ist.

Sind die TTIP-Verhandlungen ausreichend transparent?

► Bei allen Verhandlungen – egal ob zwischen möglichen Koalitionären, fusionswilligen Unternehmen oder verschiedenen „Flügeln“ einer Organisation – wahrt jede Verhandlungspartei ein Mindestmaß an Vertraulichkeit. Alles andere würde die eigene Position deutlich verschlechtern. Absolute Transparenz ist deshalb nicht möglich, so auch bei TTIP. Umso bemerkenswerter ist, dass die EU-Kommission die Zivilgesellschaft so umfassend wie nie zuvor informiert. Zudem hat sie den kritisierten Investitionsschutz sogar einer öffentlichen Konsultation zugeführt.

Profitiert von TTIP nur die Großindustrie?

► TTIP nutzt grundsätzlich allen europäischen Unternehmen, die in die USA exportieren. Dabei würden mittelständische Firmen sogar besonders stark vom geplanten Bürokratieabbau und den Erleichterungen etwa bei Zertifizierungen oder Produkttests profitieren. Gerade für kleine Unternehmen stellen die bisherigen Anforderungen eine besonders hohe Hürde dar.

Zudem ermöglicht das Abkommen eine ganze Reihe gesellschaftlicher Vorteile: Eine verbesserte Arbeitsteilung zwischen der EU und den USA schafft unter anderem eine größere Produktvielfalt und -qualität, führt aufgrund effizienterer Produktion zu sinkenden Preisen und bietet den Menschen beiderseits des Atlantiks neue Arbeitsmöglichkeiten.

Schadet TTIP den Entwicklungsländern?

► Grundsätzlich ist es möglich, dass Importe aus Drittländern durch Importe des Transatlantikpartners verdrängt werden. Davon könnten auch Entwicklungsländer betroffen sein. Allerdings werden diese auch nach einer Umsetzung von TTIP ihren privilegierten Marktzugang behalten und die ärmsten Staaten dürfen weiterhin alle Produkte zollfrei in die EU einführen. Weit wichtiger allerdings: TTIP wird die Wirtschaft und den Handel weltweit beleben – wovon auch die Entwicklungsländer profitieren werden.

Der VCI hat diese und viele weitere Kontroversen rund um TTIP in einem umfassenden Fragen/Antworten-Katalog zusammengefasst:
<http://bit.ly/TTIP-FAQ-Chemie>

Nichttarifäre Handelshemmnisse überwinden

Kooperation: Gemeinsam besser werden

Klassische Freihandelsabkommen zielen in erster Linie darauf ab, Zölle abzubauen. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) geht einen wichtigen Schritt weiter: Sie nimmt zusätzliche Handelsbarrieren in den Blick. Das Einsparpotenzial fällt hier laut einer Studie der EU-Kommission bis zu zehn Mal höher aus als durch den reinen Zollabbau. Möglich wäre dies durch die Harmonisierung von Regeln, die gegenseitige Anerkennung von Standards und die Vermeidung von Doppelarbeit.

Drei Vorschläge aus der Chemie zeigen, wo eine verbesserte regulatorische Kooperation möglich ist:

Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen

► Hierzu gibt es mit dem Globally Harmonized System (GHS) der Vereinten Nationen bereits eine weltweit geltende Regelung. Aber die Umsetzung stellt sich in den Ländern sehr unterschiedlich dar. Vorschlag: Künftig sollte ein bestimmter Stoff überall mit den gleichen Warnhinweisen und -symbolen beschriftet werden. Er müsste dann nicht mehr umverpackt oder umetikettiert werden – das bringt mehr Sicherheit bei gleichzeitig sinkenden Kosten.

Inspektionen im Pharmabereich

► Sowohl die US- als auch die europäische Arzneimittelbehörde führen in den Unternehmen regelmäßig Inspektionen zur Qualitätssicherung durch. Die Leitlinien wurden auf OECD-Ebene festgelegt. Dennoch erkennen die jeweiligen Agenturen die Prüfungen gegenseitig nicht an – den vielen unsinnigen Doppelin-spektionen könnte mit TTIP endlich ein Ende bereitet werden.

Produkttests

► Da die Regulierungen für Pflanzenschutzmittel oder Biozide auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich sind, müssen Chemieunternehmen die Unbedenklichkeit ihrer Produkte regelmäßig doppelt testen. Mit einer Vergleichbarkeit der Testanforderungen und durch eine gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse kann auch hier unnötige Doppelarbeit, die keine zusätzliche Sicherheit bringt, vermieden werden.

Zudem bietet TTIP die Möglichkeit, dauerhaft mehr Kooperation in Gang zu setzen. So ist geplant, dass die EU und die USA bei Regulierungsfragen künftig enger zusammenarbeiten und die „andere Seite“ bei neuen Gesetzesvorhaben frühzeitig einbinden. Dabei steht außer Frage, dass die jeweiligen Staaten ihre volle Autonomie behalten.

Klar ist: Jede Form der Zusammenarbeit soll zu einem möglichst hohen Schutzniveau führen. Die Harmonisierung darf auch niemals zum Selbstzweck betrieben werden. Beispiel Chemikalienregulierung: Hier sind die Unterschiede zwischen der EU und den USA so groß, dass eine gegenseitige Anerkennung kurzfristig weder sinnvoll noch praktikabel ist.

NICHTTARIFÄRE BARRIEREN SIND DIE GRÖSSTE LAST

Modellierung der Handelshemmnisse zwischen zwei Ländern
Quelle: schematische Darstellung des ifo-Instituts

- Zölle
- handelspolitische Maßnahmen (ohne Zölle)
- andere Politikfelder, die Handel beeinflussen: z.B. Finanzpolitik, Sicherheitspolitik, Umweltpolitik
- natürliche Barrieren, wie z.B. geografische Distanz und unterschiedliche Sprachen



An den gesamten Handelskosten haben Zölle nur einen vergleichsweise geringen Anteil. Deutlich stärker schlagen nichttarifäre Barrieren zu Buche. Diese sind zum großen Teil politischer Natur.

Die Spielregeln reformieren

Investitionsschutz: Faire Regeln für alle

Investitionen sind der Motor von technischem Fortschritt und Wachstum. Damit sich Unternehmen nicht nur auf dem Heimatmarkt, sondern auch grenzüberschreitend engagieren, sind sie auf angemessenen Rechtsschutz angewiesen. Denn nur, wenn die Unternehmen keine Enteignung und Verstaatlichung fürchten müssen, stemmen sie millionenschwere Investitionen fernab der Heimat. Entsprechend wichtig sind Investitionsschutzverträge – auch bei der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP).

Weltweit gibt es mehr als 3.000 Investitionsschutzverträge. In diesen zumeist bilateralen Übereinkommen sind zum Beispiel Diskriminierungsverbote, Marktzugangsregeln und Klagemöglichkeiten festgeschrieben. Fühlt sich ein Investor in seinen – vom völkerrechtlichen Vertrag – festgelegten Rechten beschnitten, kann er ein Investor-Staat-Schiedsgericht anrufen. Dieser Investorenschutz sollte auch in TTIP verankert werden, obwohl die EU und die USA ein entwickeltes Rechtssystem aufweisen. Es geht hier um die Anwendung von Völkerrecht, nicht um nationales Recht.

Der VCI hat Vorschläge eingereicht, wie dabei alle Interessen angemessen berücksichtigt werden können:

Staatliche Souveränität wahren

Um den politischen Gestaltungsspielraum der Staaten zu wahren, muss deutlich gemacht werden, dass Gesetzesänderungen nicht mehr vorschnell als „enteignungsgleiche Eingriffe“ disqualifiziert werden. Nur in Ausnahmefällen, zum Beispiel bei willkürlichen Eingriffen, sollte der Investor ein Recht auf Entschädigung erhalten. Vorbild könnte Artikel XX im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT sein. Dieser erlaubt staatliche Eingriffe zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Verbrauchern.

Mehr Transparenz schaffen

Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse an den Schiedsgerichtsverfahren. Stärker als bislang sollten diese deshalb möglichst transparent gestaltet werden. Dies betrifft insbesondere die Auswahl der Richter – auch um mögliche Interessenkonflikte im Vorfeld zu vermeiden – sowie die Veröffentlichung von Dokumenten und den Zugang zu Anhörungen.

Zentrale Grundsätze klarer definieren

Die Investitionsschutzverträge enthalten

Grundsätze, die viel Interpretationsspielraum lassen. So ist etwa die Verpflichtung zur „fairen und angemessenen Behandlung“ des ausländischen Investors vage gehalten. Dies könnte und sollte verständlicher formuliert und konkretisiert werden.

Berufungen ermöglichen

Schiedsgerichtsurteile zwischen Investitionsschutz-Vertragspartnern sind bis dato abschließend und bindend. Ratsam wäre eine Revisionsinstanz, wie sie bei der WTO seit langem Praxis ist. Als Streitschlichter sollten anerkannte Völkerrechtsexperten benannt werden.

Klagewellen verhindern

Kritiker weisen darauf hin, dass Unternehmen Staaten auf Basis von Investitionsschutzverträgen ungerechtfertigt verklagen und politischen Druck ausüben könnten. Um dies zu verhindern, sollte zum Beispiel festgelegt werden, dass die Verliererpartei die Verfahrenskosten zu tragen hat.

TTIP bietet eine einzigartige Gelegenheit, das Investor-Staat-Schiedsverfahren verbindlich zu reformieren. Diese Chance darf nicht ungenutzt verstreichen. Die Reform könnte zudem Präzedenzwirkung für weitere Investitionsabkommen entfalten.

Im Zuge steigender Direktinvestitionen im Ausland ist die Zahl von Investitionsschutzverträgen in den vergangenen Jahren weltweit stark angestiegen. 2012 lag sie bei 3.200. Mit 131 Abkommen hat Deutschland die meisten bilateralen Verträge aller Länder.

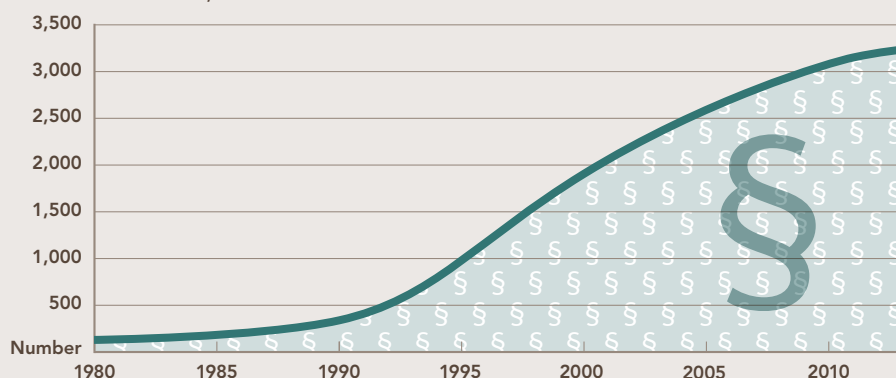


Studie „The Impact of Investor-State Dispute Settlement (ISDS) in the TTIP“ von Prof. Dr. Christian Tietje, Universität Halle-Wittenberg

VÖLKERRECHTLICHER INVESTITIONSSCHUTZ WIRD WICHTIGER

Anzahl der Investitionsabkommen weltweit

Quellen: UNCTAD, BDI



Schlaglichter für eine starke Partnerschaft

Transatlantischer Chemiehandel¹

EU-28 – USA

► Chemieexporte EU → USA	58,9 Milliarden €
Anteil an Gesamtexporten in die USA	20,4 %
Anteil an Chemieexporten ² der EU	8,7 %
► Chemieimporte EU ← USA	42,6 Milliarden €
Anteil an Gesamtimporten aus den USA	21,7 %
Anteil an Chemieimporten ² der EU	7,3 %
► EU-Chemieaußenhandelssaldo mit den USA	16,3 Milliarden €
► Chemiezölle EU → USA pro Jahr	700 Millionen €

DEUTSCHLAND – USA

► Chemieexporte Deutschland → USA	14,6 Milliarden €
Anteil an Gesamtexporten in die USA	16,5 %
Anteil an Chemieexporten aus Deutschland	9,1 %
► Chemieimporte Deutschland ← USA	10,6 Milliarden €
Anteil an Gesamtimporten aus den USA	21,8 %
Anteil an Chemieimporten nach Deutschland	10,0 %
► Deutscher Chemieaußenhandelssaldo mit den USA	4,0 Milliarden €
► Bestand der Direktinvestitionen der deutschen Chemie in den USA, 2012	13,9 Milliarden €
► Anzahl deutscher Chemietöchter in den USA, 2012	132
► Umsatz deutscher Chemietöchter in den USA, 2012	49,7 Milliarden €
► Beschäftigte deutscher Chemietöchter in den USA, 2012	69.000
► Sachanlageinvestitionen der deutschen Chemie in den USA, 2012	2,3 Milliarden €
► Bestand der Direktinvestitionen der USA in der deutschen Chemie, 2012	3,6 Milliarden €
► Chemiezölle Deutschland → USA pro Jahr	140 Millionen €

¹ Daten beziehen sich auf das vorläufige Jahr 2013 (soweit nicht anders angegeben)

² einschließlich der Intra-EU-Exporte bzw. Intra-EU-Importe

Quellen: Eurostat, Destatis, Deutsche Bundesbank, VCI

Die chemische Industrie in Zahlen

Zwei Schwergewichte im internationalen Handel

Gemeinsam dominieren die EU und die USA die Chemie-Produktion weltweit: Gemessen am Umsatz belegten sie 2012 die Plätze 2 und 3 hinter China. Auch im Außenhandel zwischen den beiden Regionen spielt die Chemie eine herausragende Rolle: Chemische Erzeugnisse sind bei den EU-27-Im- und Exporten

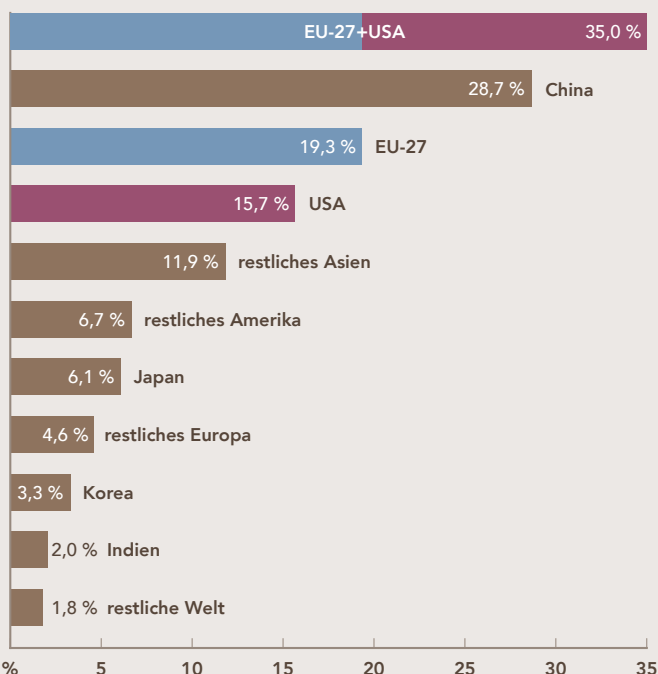
von und in die USA die jeweils zweitwichtigste Produktgruppe – noch vor den Automobilen.

Von einer transatlantischen Freihandelszone könnten beide Seiten erheblich profitieren: Ein Wegfall von Handelshemmnissen und die Vereinbarung

einheitlicher Standards eröffnen den Unternehmen neue Absatzmöglichkeiten, senken Kosten im dreistelligen Millionenbereich und treiben den Arbeitsmarkt an – so könnten allein die deutschen Chemieunternehmen hierzu-lande rund 2.000 neue Jobs schaffen.

CHEMIE IN EU UND USA: ZUSAMMEN AUF PLATZ 1

Chemieumsatz nach Regionen, 2012
Quellen: Destatis, VCI

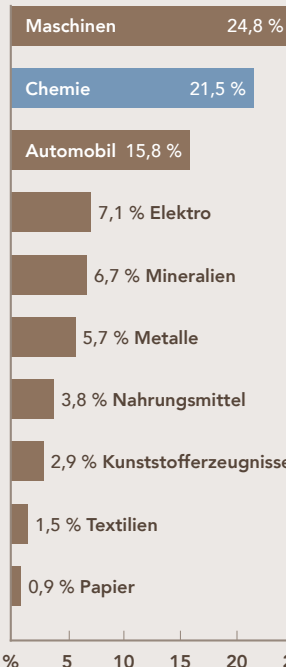


TTIP könnte die größte Chemie-Handelszone der Welt schaffen: Die EU und die USA erzielten 2012 mit Chemieprodukten insgesamt einen Umsatz von 1.424 Milliarden Euro. Das entspricht einem Weltmarktanteil von 35 Prozent.

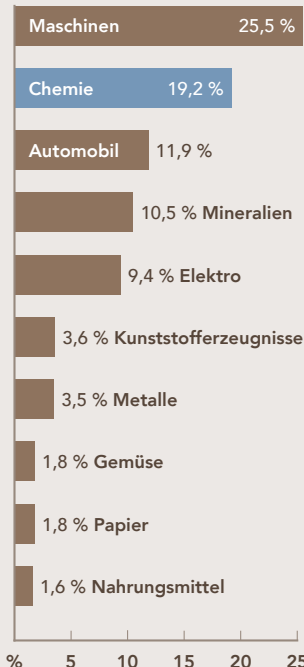
INTENSIVER TRANSATLANTIKHANDEL

Anteile in Prozent, 2012
Quellen: Eurostat, VCI

Exporte EU-27 → USA



Importe EU-27 ← USA



Auf Chemieprodukte entfallen 21,5 Prozent der EU-27-Exporte in die USA. Bei den Importen liegt der Wert lediglich 2,3 Prozentpunkte niedriger. Auch bei anderen Branchen zeigt sich ein reger transatlantischer Handel.

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer VCI-Hauptstadtbüro Norbert Theihs
E-Mail theihs@berlin.vci.de Telefon +49 (0)30 200599-12
Geschäftsführer VCI-Europabüro Prof. Dr. Reinhard Quick
E-Mail quick@bruessel.vci.de Telefon +32 (0)2 54806-90
Weitere Informationen www.vci.de/politikbrief und www.twitter.com/chemieverband

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI), Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt Telefon +49 (0)69 2556-0
Verantwortlich Manfred Ritz **Chefredaktion** Jenni Glaser
Redaktionsschluss 10. Sept. 2014 **Agenturpartner** www.GDE.de; Jens Köster
Gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft.